

**Pressemitteilung**

09.06.2026

Deutscher Berufsverband der Hals-Nasen-Ohrenärzte e. V.

5

**BVHNO begrüßt bundesweiten Protesttag gegen das GKV-Spargesetz**

10

**Neumünster, 9. Juni 2026 – Anlässlich des morgigen Protesttags der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte erneuert der Deutsche Berufsverband der HNO-Ärzte (BVHNO) seine Kritik am GKV-Spargesetz. „Das Sparprogramm der Bundesregierung trifft die Arztpraxen mit voller Härte – ganz besonders die Fachgruppen, die im Vertrauen auf die Politik mehr Terminkapazitäten für GKV-Versicherte geschaffen haben“, erklärt Prof. Dr. Jan Löhler. Der von MEDI GENO Deutschland e. V. ausgerufene Protesttag sei ein wichtiges Zeichen an die Politik. „Weniger Geld bedeutet weniger Leistung. Kommt das Sparpaket in der vorliegenden Form, werden die Wartezeiten auf einen Facharzttermin in Zukunft ansteigen“, warnt der Präsident des Deutschen Berufsverbandes der HNO-Ärzte e. V.**

15

20

25

30

35

Mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) will die Bundesregierung die Mittel für die ambulante Versorgung gesetzlich krankenversicherter Patientinnen und Patienten in den kommenden Jahren um mehrere Milliarden kürzen. Durch die geplante Abschaffung der Vergütungselemente für die schnelle Terminvermittlung (sog. TSVG-Fälle) sind insbesondere grundversorgende Facharztgruppen, wie Orthopädie, Innere Medizin und HNO-Heilkunde, von den Einsparungen betroffen. „Das GKV-Spargesetz wird dazu führen, dass HNO-Praxen, die seit Jahren am Limit arbeiten, ihre Sprechzeiten für GKV-Patienten reduzieren müssen – nicht, weil sie es wollen, sondern weil es betriebswirtschaftlich nicht anders geht“, erklärt HNO-Präsident Löhler.

40

45

50

**Weniger Geld heißt weniger Leistungen**

Das von der Bundesgesundheitsministerin ausgerufene Motto der einnahmenorientierten Ausgabenpolitik in der Gesetzlichen Krankenversicherung komme einem tiefen Einschnitt in die Versorgung gleich, so Löhler weiter. „Nach Berechnungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) werden ab dem Jahr 2027 durchschnittlich nur noch 84 Prozent aller HNO-Behandlungsfälle von den Krankenkassen finanziert. Der Gesamtrückgang der Behandlungsfälle in der HNO-Heilkunde wird mit jährlich 3,3 Millionen Patienten prognostiziert.“ Besonders ärgerlich sei die Tatsache, dass die Politik weiter an Vertrauen verliere. „Mit der Einführung des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) haben die HNO-Praxen den

**Deutscher Berufsverband der Hals-Nasen-Ohrenärzte e. V.**

Postfach 1427

24539 Neumünster

Tel: +49(0)43 21 – 97 25-0

Fax: +49(0)4321 – 97 26-11

E-Mail: [bv@hno-aerzte.de](mailto:bv@hno-aerzte.de)[www.hno-aerzte.de](http://www.hno-aerzte.de)

Eingetragen im Lobbyregister des Deutschen Bundestages (R000412)

**Pressekontakt**

Deutscher Berufsverband der Hals-Nasen-Ohrenärzte e. V.

Thomas Hahn

Anna Lamp

Torstraße 177, 10115 Berlin

Tel: +49(0)30 – 98 60 62-36

E-Mail: [pressestelle@hno-aerzte.de](mailto:pressestelle@hno-aerzte.de)

55 Gesetzgeber beim Wort genommen und dauerhaft mehr  
Kapazitäten für die Behandlung von GKV-Patienten geschaffen.  
Dass die Regelung nun ersatzlos gestrichen werden soll,  
komme einer gesundheitspolitischen Geisterfahrt gleich“, merkt  
Löhler an.

### **Plakatkampagne in HNO-Praxen**

60 Für den bundesweiten Protesttag habe man als HNO-  
Berufsverband großes Verständnis, fährt Löhler fort. „Eine  
Sozialpolitik, die den Leistungsträgern der Gesellschaft  
einerseits strenge Sparmaßnahmen verordnet, selbst aber  
65 durch eine Kürzung des Bundeszuschusses die Krankenkassen  
weiter belastet, ist nicht glaubwürdig. Der ausgerufene  
Protesttag ist ein wichtiges Zeichen an die Parteien, das GKV-  
Sparpaket im parlamentarischen Verfahren nicht einfach  
durchzuwinken.“ Parallel zu weiteren Ärzteverbänden habe der  
70 Deutsche Berufsverband der HNO-Ärzte vor wenigen Tagen  
eine Protestkampagne gegen das Spargesetz initiiert. Unter  
dem Motto „Lange Wartezeiten für Kassenpatienten drohen“  
werden die Patienten mit Praxisplakaten und Flyern auf die  
Kürzungen aufmerksam gemacht. Löhler: „Wir fordern die  
Politik auf, sich für den Erhalt der Regelungen zur schnellen  
75 Terminvergabe einzusetzen. Fällt die Finanzierung  
insbesondere der offenen Sprechstunde weg, können  
Arztpraxen ihr Leistungsangebot nicht wie bisher  
aufrechterhalten.“

80 Mehr Informationen zur Kampagne unter: [www.hno-  
aerzte.de/tsvg](http://www.hno-aerzte.de/tsvg)

Deutscher Berufsverband der  
Hals-Nasen-Ohrenärzte e. V.  
Postfach 1427  
24539 Neumünster  
Tel: +49(0)43 21 – 97 25-0  
Fax: +49(0)4321 – 97 26-11  
E-Mail: [bv@hno-aerzte.de](mailto:bv@hno-aerzte.de)  
[www.hno-aerzte.de](http://www.hno-aerzte.de)  
Eingetragen im Lobbyregister  
des Deutschen Bundestages  
(R000412)

#### **Pressekontakt**

Deutscher Berufsverband der  
Hals-Nasen-Ohrenärzte e. V.  
Thomas Hahn  
Anna Lamp  
Torstraße 177, 10115 Berlin  
Tel: +49(0)30 – 98 60 62-36  
E-Mail: [pressestelle@hno-  
aerzte.de](mailto:pressestelle@hno-aerzte.de)